

PRESSEMITTEILUNG

12. Juli 2023

Studie: Ostmitteleuropa braucht Industriepolitik für neues Wachstumsmodell

- *EU-Mitglieder der Region müssen global wettbewerbsfähige Unternehmen aufbauen*
- *Staat bei Förderung industrieller Stärken in Schlüsselposition*
- *Region könnte von Erfahrungen Ostasiens profitieren*

Die ostmitteleuropäischen EU-Mitglieder (EU-CEE) haben seit den frühen 2000er-Jahren einen beeindruckenden ökonomischen Aufholprozess hingelegt. Das bisherige Erfolgsmodell, als "verlängerte Werkbank" westlicher Konzerne arbeitsintensive Produktionsschritte zu übernehmen, stößt aber an seine Grenzen. Kombiniert mit großen strukturellen Veränderungen wie der Dekarbonisierung und Digitalisierung ist ein neues, innovationsbasiertes Wirtschaftsmodell notwendig. „Nur dann werden diese Staaten in der Lage sein, bei Produktivität und Lebensstandard mit Westeuropa gleichzuziehen“, sagt Zuzana Zavaršká, Ökonomin am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und Co-Autorin einer neuen Studie zum Thema.

Das Grundproblem: Die zentralen technologischen Kompetenzen und jene Teile der Produktion, mit der höchsten Wertschöpfung, befinden sich in den „Headquarter Economies“ Westeuropas. Die EU-Mitglieder Ostmitteleuropas, also Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten sind dagegen nach wie vor auf arbeitsintensive Produktionen spezialisiert. Diese stehen und fallen mit niedrigen Arbeitskosten. Das begrenzt die Aussichten, mit Westeuropa wirtschaftlich gleichzuziehen.

Dominante Autoindustrie

Ein gutes Beispiel dafür ist die für die Region so wichtige Autoindustrie, mit ihrem hohen Anteil an Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Exporten, vor allem in den Visegrád-Staaten, Rumänien und Slowenien. Die hohe Abhängigkeit von ihr könnte für einige Länder noch zum Problem werden. „Bekanntermaßen ist die Produktion von Elektroautos viel weniger arbeitsintensiv als die von herkömmlichen Modellen mit Verbrennungsmotor. Dazu kommt die voranschreitende Automatisierung in der Industrie“, gibt Zavaršká zu bedenken.

In einer neuen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das wiiw daher untersucht, wie eine maßgeschneiderte Industriepolitik den Staaten der Region dabei helfen könnte, dieser „Middle Income Trap“ zu entkommen. Dafür analysierten die Studien:autorinnen zunächst den Status quo und zeigen alternative Entwicklungsmöglichkeiten auf. Wesentliches Ergebnis: Die Staaten Ostmitteleuropas könnten von den Erfahrungen der ostasiatischen Tigerstaaten lernen.

Vorbild Ostasien

„Taiwan oder Südkorea haben gezeigt, wie effektiv eine gut durchdachte strategische Industriepolitik sein kann. Auch wenn es viele Unterschiede zu den EU-Mitgliedern Ostmitteleuropas gibt, bieten die Erfolgsgeschichten Ostasiens wertvolle Inspiration“, betont Zavaršká. Auch die EU-CEE-Länder sind wie die Vorbilder in Ostasien seit jeher Player im verarbeitenden Gewerbe und verfügen über eine starke industrielle Basis. Die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten über multinationale Konzerne bietet ihnen die Möglichkeit, vom Transfer fortschrittlicher Technologien zu profitieren.

Singapur war etwa sehr erfolgreich beim Anlocken ausländischer Direktinvestitionen in Bereichen, die dem industriellen Potenzial des Landes und seinen Entwicklungszielen entsprachen. Die Formulierung einer strategischen Vision zu den angestrebten Spezialisierungen ist eine weitere Lehre aus Ostasien. Zudem sollten die Wohlstandsgewinne möglichst gleichmäßig verteilt werden, um die Unterstützung der Bevölkerung beim Transformationsprozess zu gewährleisten.

EU-Mitgliedschaft als Chance

Den Ostmitteleuropäern bietet ihre EU-Mitgliedschaft dabei viele Möglichkeiten, auch wenn sie bestimmte Einschränkungen mit sich bringt. Auf der Habenseite stehen der Zugang zu Fördermitteln, die Teilnahme an Forschungsnetzwerken und die Möglichkeit, die Industriepolitik auf EU-Ebene mitzugestalten. Die öffentliche Förderung strategischer Industrien hat in der EU in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen, siehe Initiativen wie den European Chips Act oder die Important Projects of Common European Interest (IPCEI). *„Daraus ergibt sich auch für Ostmitteleuropa ein Momentum für die Entwicklung einer eigenen Industriepolitik“*, so Zavorská. Strenge EU-Regeln für staatliche Beihilfen und eine marktliberale EU-Wettbewerbspolitik sind dagegen problematisch.

Auf dem Weg zum „Entrepreneurial State“

Auch wenn die Schaffung eines echten "unternehmerischen Staates" nach dem Vorbild Ostasiens für die meisten EU-CEE-Länder in den kommenden Jahren unrealistisch sein dürfte, empfiehlt die Studie Schritte in diese Richtung. Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

1. Die Schaffung eines nationalen Innovationssystems in jedem Land, das den privaten Sektor, Universitäten, wichtige Ministerien und Wirtschaftsagenturen miteinander vernetzt. Innerhalb dieses Biotops können neue Ideen entwickelt, getestet und finanziert werden.
2. Die volle Inanspruchnahme von EU-Geldern und maximale Teilnahme an EU-Forschungsinitiativen, um die eigene Industriepolitik voranzutreiben. Auch sollten sich die Regierungen stärker in die industriepolitischen Debatten auf EU-Ebene einbringen.
3. Von den Erfolgen anderer bei der Digitalisierung lernen. Estland gilt hier gemeinhin als Musterschüler. Es gibt aber auch andere positive Beispiele in der Region. Rumänien und Kroatien weisen einen besonders hohen Anteil an Absolvent:innen in den MINT-Fächern auf. Tschechien glänzt mit seinen digitalen Start-ups, die baltischen Staaten mit der Qualität ihrer digitalen öffentlichen Dienstleistungen. Die Visegrád-Länder und Slowenien verfügen über eine stark digitalisierte und automatisierte Industrie.
4. Anstatt pauschal sämtliche Investitionen ausländischer Unternehmen zu fördern, sollten die nationalen Regierungen strategisch überlegen, welche Sektoren und Wertschöpfungssteile ins Land geholt werden sollen. Zudem müssen Anreize geschaffen werden, um den Transfer von Wissen und Know-how von ausländischen Konzernen an inländische Unternehmen zu maximieren.
5. Vielversprechende Nischen identifizieren und nutzen. Jedes Land verfügt über traditionelle Stärken, auf die aufgebaut werden kann.
6. Institutionelle Reformen. In manchen Staaten der Region hat die Qualität der öffentlichen Institutionen in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Das ist besorgniserregend. Die Erfahrung ostasiatischer Nationen beim Aufbau adäquater Institutionen sollte genutzt werden.
7. Der Strukturwandel muss sozial abgefedert werden, um die Unterstützung der Bevölkerung nicht zu verlieren. Die EU-CEE-Länder sollten nach skandinavischem Vorbild auf einen flexiblen Arbeitsmarkt in Kombination mit einem starken Sozialstaat setzen.
8. Eine maßgeschneiderte Industriestrategie für jedes Land. Während etwa die baltischen Länder gut für die digitale Transformation positioniert sind, kämpfen sie mit Verteilungsproblemen und einer schrumpfenden Bevölkerung. Tschechien, Polen oder Slowenien sind industriell am

weitesten entwickelt, müssen aber den Übergang von der "verlängerten Werkbank" zur innovativen Volkswirtschaft schaffen. Die weniger entwickelten Länder der Region wie Bulgarien und Rumänien sollten vor allem auf den Transfer von Know-how und Innovation durch ausländische Investoren setzen.

[Die gesamte Studie steht hier zum Download zur Verfügung.](#)

Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Think Tank, der seit 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu Makroökonomie, Handelsfragen, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen, zum europäischen Integrationsprozess, zu Regionalentwicklung, Arbeitsmärkten, Migration und Einkommensverteilung. www.wiiw.ac.at

Rückfragehinweis:

Andreas Knapp

Communications Manager

Tel. +43 680 13 42 785

knapp@wiiw.ac.at